

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 15 20-0  
Telefax: (0228) 9 15 20-12 (Redaktion)  
9 15 20-15



## Inhalt

Die Bundesregierung hat in der Berufsbildungspolitik versagt und verspielt die Zukunftschancen der jungen Generation, stellt Günter Rixe MdB fest.

Seite 1

In unseren Böden und Gewässern ticken ökonomische Zeitbomben. Die Untätigkeit der Bundesregierung prangern Susanne Kastner MdB und Michael Müller MdB an.

Seite 2

Das Bundesinnenministerium hat die Beobachtung der Nazi-Hilfsorganisation "Stille Hilfe" verschlafen, berichtet Siegfried Vergin MdB.

Seite 3

Wesentliche Verbesserungen des Tierschutzes fordert die Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Marianne Klappert MdB.

Seite 3

Die geplante massive Erhöhung der Patentgebühren paßt zur Diskussion um den Wirtschaftsstandort Deutschland wie die Faust aufs Auge, kritisiert Siegmar Mosdorf MdB.

Seite 4

49. Jahrgang / 73

18. April 1994

### Zukunft der Jugend in Gefahr

Von Günter Rixe MdB

**Berufsbildungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Der neue Bundesbildungsminister mußte jetzt offenbaren, was Sozialdemokraten seit Jahren vorhergesagt haben und wogegen sie von der Bundesregierung Konzepte und Handlungen gefordert haben. Das hat nichts mit Besserwisseri und Rechthaberei zu tun. Aber jetzt steht fest: Diese Bundesregierung hat in der Berufsbildungspolitik versagt und verspielt die Zukunftschancen der jungen Generation.

Die Zahlen der fehlenden Lehrstellen in den neuen Bundesländern steigen mit jedem Jahr an; jetzt auf über 60.000 fehlende Ausbildungsplätze. Auch die Zahl der überhaupt nicht vermittelten Jugendlichen steigt. 1993 waren es 18.000, vorher allein 15.000 in den alten Bundesländern zu verzeichnen waren.

Der Trend ist deutlich und die Bundesregierung hat bisher nichts getan und tut weiterhin nichts. Die Wirtschaft verabschiedet sich allmählich aus der Ausbildung. Dieses ist aber eine ihr obliegende Verpflichtung nach der Feststellung des Bundesverfassungsgerichts. Wenn die Wirtschaft aus der beruflichen Bildung aus Kostengründen aussteigt, verstößt sie gegen geltendes Recht. Hiergegen hilft aber kein Appellieren, hiergegen müssen Maßnahmen beschlossen werden.

Seit Jahr und Tag hat die SPD-Bundestagsfraktion verschiedene Programme im Deutschen Bundestag beantragt, die alle von der Regierungskoalition abgelehnt wurden. Wir haben darauf hingewiesen, daß die berufliche Qualifikation ein Standortfaktor für Deutschland ist und durch das Auseinanderklaffen von Bildung und Beschäftigung gefördert ist. Strukturwandel und Arbeitsplätzeabbau sind eine Ursache dafür, daß in vielen Bereichen nicht mehr genügend Angebote für ausreichende Qualifikationen gemacht werden.

Wir müssen jetzt eine umfassende Diskussion über die quantitative und qualitative Entwicklung sowie die inhaltliche Gestaltung und Strukturierung der Berufsausbildung führen. Daher sind auch die Zusammenhänge von Berufsbildung und Erwerbstätigkeit, sozialer Entwicklung, Erhaltung der Natur sowie die internationalen Aspekte der beruflichen Bildung mit einzubeziehen.

(-/18. April 1994/hgs/vo-ha)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 1901 67, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50 mit  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Vermindert Umwung  
mit vermehrte Konsumtion  
Recycling-Papier



### **Böden und Gewässer schützen**

#### **Ökologische Zeitbombe Boden- und Grundwasserversauerung entschärfen**

**Von Susanne Kästner MdB und  
Michael Müller MdB**

**Umweltpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion**

Die Bundesregierung hat jetzt die Antwort auf die Große Anfrage der SPD-Bundestagsfraktion vorgelegt. Sie bestätigt die Warnung der SPD, daß es in den letzten Jahren zu einer dramatischen Versauerung der Böden und Gewässer gekommen ist. Durch Emissionen von Säurebildnern aus Kraftwerken, Haushalten, Verkehr und Landwirtschaft entstehen irreversible Bodenzerstörungen und Grundwasserversauerung und -vergiftungen. Der ökologische Schadensprozeß, den wir aus dem Waldsterben kennen, breitet sich weitgehend auf Böden und Gewässer aus und wirkt wiederum verstärkend auf die Bäume zurück.

In den bewaldeten Mittelgebirgen wird die Puffer- und Filterfunktion der Böden durch Salpeter- und Schwefelsäure zerstört. Die Oberflächengewässer und das für die Trinkwasserversorgung so wertvolle Grundwasser werden sauer wie Essig und durch Aluminium, Cadmium und andere giftige Schwermetalle verseucht. Die Lebewesen im Boden und in den Gewässern werden geschädigt und sterben ab. Die Artenvielfalt geht zurück. Ganze Ökosysteme werden zerstört. Alles das wird in der Antwort der Bundesregierung bestätigt.

Leider zieht sie aus diesen erschreckenden Erkenntnissen keine Konsequenzen. Sie zeigt sich unfähig, die ökologische Zeitbombe durch ein umfassendes medienübergreifendes Aktionsprogramm zum Schutz der Böden und des Grundwassers zu entschärfen. Und auch beim Waldsterben herrscht Funkstille. Es ist, obwohl rund zwei Drittel der Wälder in der Bundesrepublik geschädigt sind, heute ein vergessenes Thema.

Die Bundesregierung geht an der Wahrheit vorbei, wenn sie in der Antwort behauptet, die Bundesregierung habe frühzeitig die notwendigen Rechtsinstrumente geschaffen, um die Emissionen von Säurebildnern deutlich zu reduzieren. Sie verweist dabei immer nur auf die Einführung des Katalysators für Personenkraftfahrzeuge. Dabei zeigen die Fakten, daß die schädlichen Stickoxidemengen heute noch immer über der Menge von 1985 liegen, wo mit der Einführung des Katalysators begonnen wurde. Auch der Benzinverbrauch liegt aufgrund steigender Motorleistungen, höherer Geschwindigkeiten und schwererer Autos nur geringfügig unter dem Stand von 1972.

Notwendige Maßnahmen zur Verminderung der Stickoxid-Emissionen aus dem Straßenverkehr, wie Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf die Schiene oder Verringerung des Kraftstoffverbrauchs, werden nicht vorgeschlagen, zur Verminderung der Ammoniak-Emissionen aus der Landwirtschaft, wie Düngerverordnung, Beschränkung der Gülleverwendung oder Massentierhaltung werden nicht durchgesetzt. Die notwendigen Maßnahmen in der Europäischen Union für eine umweltverträgliche Verkehrs- und Landwirtschaftspolitik werden von dieser Bundesregierung in der Regel blockiert und nicht gefördert.

Als kurz- und mittelfristig wirkende Schutzmaßnahmen empfiehlt die Bundesregierung die Bodenkalkung oder Kompensationsdüngung. Angesichts der Bedrohungen ist das lächerlich. Fragen der SPD nach den Kosten und Schäden, die durch Boden- und Grundwasserversauerung entstehen, und wie diese Kosten von den Verursachern oder dem Staat finanziert werden sollen, werden nicht beantwortet. Deshalb erneuert die SPD Ihre Forderung nach einem umfassenden Programm zum Schutz von Böden und Gewässern.

(-/18. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Naziorganisation "versehentlich" übersehen**  
Steuerliche Behandlung der "Stillen Hilfe" muß dringend überprüft werden

Von Siegfried Vergin MdB

Sprecher der Projekt-Arbeitsgruppe "Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt" der SPD-Bundestagsfraktion

Die Nazi-Hilfsorganisation "Stille Hilfe", die der Bundesregierung im Dezember 1993 nicht bekannt war, kennt inzwischen zumindest das Bundesinnenministerium. Das ist dem Schreiben des Parlamentarischen Staatssekretärs Lintner zu entnehmen, das mehr als drei Monate nach meiner ersten Anfrage zum Thema bei mir eingegangen ist.

Die Bundesregierung möchte das "sinerzeit versehentlich Versäumte nachholen". Sie teilt mir mit, wann und wo der Verein "Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte" ins Vereinsregister eingetragen wurde. Auch die Satzung des Vereins kann die Bundesregierung ausschnittsweise zitieren.

Obwohl das Bundesinnenministerium auch die "Rundbriefe" des Vereins kennt und dort Sympathien mit dem von ihm betreuten Kreis von Personen, die wegen Kriegs- und NS-Verbrechen strafrechtlich verfolgt wurden, erkennt. Obwohl das Ministerium Rechtsextremisten als Mitarbeiter der Organisation ausmacht, wird festgestellt, die "Stille Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e.V." verfolge derzeit keine rechtsextremistischen Bestrebungen.

Es bleibt abzuwarten, ob die Überprüfung dieser Einschätzung, die in Niedersachsen gerade durchgeführt wird, zu einem anderen Ergebnis kommt.

Immerhin hat meine Frage dazu geführt, daß der Bundesfinanzminister die Landesfinanzbehörden veranlaßt hat, die steuerliche Behandlung der "Stillen Hilfe" zu prüfen. Wenn Spenden an diesen Verein von der Steuer abzusetzen sind, ist dies ein Skandal, dem schnellstens ein Ende bereitet werden muß.

Ich werde weiterhin am Ball bleiben und beobachten, was mit diesem Verein geschieht. - Möglicherweise ist ja gegenüber dieser Nazi-Hilfsorganisation einiges "versehentlich versäumt" worden.

(-/18. April 1994/hgs/ks)

\*\*\*\*\*

**Erhebliche Defizite im Tierschutz**  
Verbesserung des Tierschutzes ist und bleibt vorrangige Aufgabe

Von Marianne Klappert MdB

Tierschutzbeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion

Der Tierschutzbericht 1993 der Bundesregierung dokumentiert, daß es immer noch erhebliche Defizite im Tierschutzbereich, vor allem bei der Intensivtierhaltung, den Tierransporten und den Tierversuchen gibt. Ursächlich sind dafür fehlende oder unzureichende gesetzliche Bestimmungen und Defizite im Vollzug.

Die SPD hat jetzt einen Antrag zum Tierschutzbericht 1993 in den Bundestag eingebracht, in dem auf diesen Zusammenhang hingewiesen wird und Konsequenzen in Form verbesserter oder verschärfter gesetzlicher Regelungen und ein schneller Abbau der Vollzugsdefizite gefordert werden.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Bundesregierung auf, durch die Aufnahme eines Staatszieles Tierschutz in das Grundgesetz und durch ein deutlich verbessertes Tierschutzgesetz die Grundlagen für mehr Tierschutz in Deutschland zu schaffen. Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, sich innerhalb der Europäischen Union weiterhin entschieden um ein einheitlich hohes Tierschutzniveau in Europa zu bemühen.

Im einzelnen fordert die SPD-Bundestagsfraktion in ihrem Antrag:

- eine Abkehr von der tierquälerischen Intensivtierhaltung, unter anderem durch eine Veränderung der wirtschaftlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für tierhaltende landwirtschaftliche Betriebe zur Förderung tierartgerechter Haltungsförmungen; insbesondere sind die Mindestanforderungen für die Haltung von Nutztieren nach verhaltenswissenschaftlichen Gesichtspunkten zu erweitern und im Gesetz festzuschreiben;

- die umgehende Vorlage der Gutachten zur tierschutzgerechten Haltung von Säugetieren, Wildtieren in Gehegen, Vögeln und zur Haltung von Reptilien und Amphibien als Grundlage für die Erarbeitung verbindlicher Richtlinien und Erlasse zu Mindestanforderungen an die artgerechte private und kommerzielle Tierhaltung;
- eine gesetzliche Verpflichtung für Zoos und Zirkusbetriebe, ihre Bestände nur aus Nachzuchten aufzubauen, diese Nachzuchten dauerhaft zu kennzeichnen und zu registrieren und Nachzuchten nicht an den kommerziellen Handel abzugeben, sondern in eigenen oder vergleichbaren buchführenden Anlagen artgerecht unterzubringen;
- restriktivere gesetzliche Regelungen für Tiertransporte, insbesondere eine Transportzeitbegrenzung für (Schlacht-)Tiertransporte;
- zur größeren Transparenz im Bereich der Tierversuche eine Erweiterung der Statistik über die Versuchstierzahlen um die Zahlen der zur Organentnahme, zur Aus- und Fortbildung und zur Produktherstellung getöteten Tiere;
- den verstärkten Einsatz von vorhandenen und validierten Ersatzmethoden in gesetzlich vorgeschriebenen Tierversuchen zur Toxizitätsprüfung;
- den raschen Ausbau der Zentralstelle zur Erfassung und Bewertung von Ersatz- und Ergänzungsmethoden zum Tierversuch (ZEBET) und des Europäischen Zentrums zur Validierung von Alternativmethoden der EG (ECVAM) in Ispra/Italien.

(-/18. April 1994/hgs/vs-he)

\*\*\*\*\*

**Wir brauchen in Deutschland ein breites Innovationsklima**  
**Die Erhöhung der Patentgebühren paßt wie die Faust auf's Auge**

**Von Siegmur Mosdorf MdB**

**Vorsitzender der Kommission "Standort Deutschland" der SPD-Bundestagsfraktion**

Seit 25 Juni 1993 versucht die Bundesregierung mit einem Gesetzentwurf zur Änderung des Patentgebührengesetzes die Gebühren des Patentamtes um 20 Prozent und des Bundespatentgerichts um 50 Prozent zu erhöhen. Diese Erhöhung der Patentgebühren paßt auf die Diskussionen über die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschlands "wie die Faust auf's Auge". Offensichtlich ist an der Justizministerin die Tatsache, daß Deutschland dabei ist, ökonomische und technologische Vorsprünge zu verlieren, völlig vorbeigegangen. Anders kann die buchhalterische, kamerallistische Art und Weise des Heran-gehens nicht erstanden werden.

Nachdem die SPD nun fast acht Monate dieses pauschale Patentgebühren-Erhöhungsgesetz kritisiert hat, wurde nun vom Ausschuß für Forschung und Technologie endlich einstimmig beschlossen, die Justizministerin aufzufordern, dieses maßlose Patentgebühren-Erhöhungsgesetz zurückzuziehen und zu überarbeiten. Der Appell des Forschungsausschusses sollte die Bundesregierung insgesamt veranlassen, die Innovationskraft der deutschen Wirtschaft und der deutschen Forschungseinrichtungen nicht durch weitere pauschale Gebühren-Regulierungen abzuwürgen. Die Defizite im Haushalt des Bundespatentamtes entstehen vor allem durch das Bundespatentgericht. Da wäre eine maßlose und strukturell falsche Gebührenerhöhung Gift für diejenigen Erfindungen und Erfinder, die neue frische Patente anmelden wollen. Deutschland ist in den letzten Jahren in der Anmeldung von Patenten hinter Japan und den USA auf Platz abgerutscht. Wenn Deutschland seinen ökonomischen und technologischen Spitzenplatz wieder sichern will, brauchen wir ein breites Innovationsklima in Deutschland.

(-/18.4.1994/vs-he/hgs)

\*\*\*\*\*